Landesamt für Natur, Stand: 23.01.2024

Umwelt und Verbraucherschutz

Nordrhein-Westfalen

Fachbereich 17 – ResA/ZunA

40208 Düsseldorf

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

(Projektförderung)

**Betr.:** **Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Abwasserbeseitigung in Nordrhein-Westfalen (ZunA NRW)**

Bezug: Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr IV-7 61.09.06.02-000005 vom 24. Oktober 2023

|  |
| --- |
| 1. **Antragstellerin/Antragsteller**
 |
| 1.1 Name / Bezeichnung |       |
| 1.2 Anschrift | Straße / PLZ, Ort      |
| 1.3 vertreten durch | Name(n), Vorname(n), Funktion     Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.4 Auskunft erteilt | Name(n), Vorname(n), Funktion     Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.5 Bankverbindung | Kontoinhaber/-in:        |
|  | IBAN: DE       |
|  | BIC:       |
|  | Kreditinstitut:       |
| 1.6 Rechtsform (soweit zutreffend, z. B. GmbH) |       |
| 1.7 Handels-, Vereins- oder Partnerschaftsregisternummer(aktueller Auszug ist beizufügen) |       |
| 1.8 Umsatzsteuer-ID |       |

|  |
| --- |
| 1. **Maßnahme**
 |
| * 1. Bezeichnung
 |       |
| Kurze, eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme |
| * 1. Durchführungszeitraum
 | Beginn des Vorhabens: | Ende des Vorhabens: |
|       |       |
| (Tag / Monat / Jahr) | (Tag / Monat / Jahr) |
| * 1. Projektform
 | [ ]  **„Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung“** oder **„Forschungseinrichtungen“** und **„Forschungsinfrastruktur“** im Sinne der Nummer 1.3 Doppelbuchstabe ee und ff der Mitteilung 2022/C 414/01 (Ziffer 13.3 der Richtlinie)[ ]  **Kooperationspartner** (Unternehmen oder Einrichtungen nach Ziffer 13.4.3 der Richtlinie) (Ziffer 13.3 der Richtlinie)Name des/der antragstellenden Kooperationspartner/s:                   |
| * 1. Projektcharakter
 | [ ]  Grundlagenforschung[ ]  industrielle Forschung[ ]  experimentelle Entwicklung |

|  |
| --- |
| 1. **Finanzierungsplan**
 |
|  | Gesamt | (auszufüllen, wenn sich die Maßnahme über mehrere Jahre erstreckt)Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit(Kassenwirksamkeit) |
|  |  | 20      | 20      | 20      | 20      |
|  |  | Jahr der Antragstellung | 1. Folgejahr | 2. Folgejahr | 3. Folgejahr |
|  | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 3.1 Gesamtkosten(lt. Kostenplan/-gliederung) |       |       |       |       |       |
| 3.2 davon grundsätzlichzuwendungsfähige Ausgaben |       |       |       |       |       |
| 3.3 abzüglich Leistungen Dritter **./.** |       |       |       |       |       |
| (ohne öffentliche Förderung) |  |  |  |  |  |
| 3.4 ZuwendungsfähigeGesamtausgaben **=** |       |       |       |       |       |
| 3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4) |       |       |       |       |       |
| 3.6 beantragte / bewilligte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch:............................................ |       |       |       |       |       |
| 3.7 Eigenanteil[[1]](#footnote-1) |       |       |       |       |       |

|  |
| --- |
| 1. **Beantragte Förderung**
 |
| ZuwendungsbereichBitte die Ausgabearten einzeln aufzählen (z.B. Personalausgaben, Sachausgaben, Ausgaben für Reisen). Bitte den Eigenanteil angeben. | Zuwendungs-fähige Gesamt-ausgaben | Zuschuss | v. H. |
| Euro | Euro | von Nr. 3.4 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
| **Summe** |       |       |       |

|  |
| --- |
| 1. **Begründung**
 |
| * 1. Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Ziel / Ziele, Konzeption, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen, Raumbedarf, Standort)
 |
|       |
| 5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenanteil, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |
|       |

|  |
| --- |
| 1. **Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen**
 |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin / für den Antragsteller, die Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw. |
|       |

|  |
| --- |
| 1. **Erklärungen**
 |
| Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass* 1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
 |
| * 1. die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt wird.

[ ]  ja *(Wenn ja, ist das Ausfüllen der Anlage 7 h zu diesem Antrag zwingend erforderlich)*[ ]  nein |
| * 1. sie/er zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.

[ ]  ja und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat(Preise ohne Umsatzsteuer)[ ]  nein* 1. für **dieses Vorhaben** weitere öffentliche Förderungen beantragt oder bewilligt wurden(5 Jahre rückwirkend, maßgeblich ist das Datum der Antragstellung).

 [ ]  ja *(Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen)*  [ ]  nein* 1. für **andere Vorhaben** weitere öffentliche Förderungen beantragt oder bewilligt wurden (5 Jahrerückwirkend, maßgeblich ist das Datum der Antragstellung).

[ ]  ja *(Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen)* [ ]  nein* 1. er/sie eineinstitutionelle Förderung erhält, die u.a. auch zur Deckung von Gemeinausgaben dient. Für diesen Fall wird erklärt, dass es sich bei den in diesem Projekt geltend gemachten Gemeinausgaben ausschließlich um zusätzliche Gemeinausgaben handelt, die unmittelbar durch das Projekt entstehen und nicht bereits Gegenstand einer institutionellen Förderung sind.

 [ ]  ja *(Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen)*  [ ]  nein* 1. sie/er bis jetzt **staatliche Beihilfen** erhalten hat, die Gegenstand eines anhängigen Rückforderungsverfahrens der EU-Kommission sind.

 [ ]  ja *(Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen)* [ ]  nein |
| * 1. ihre/seine insgesamt anfallenden (nicht nur die projektbezogenen) Gesamtausgaben **überwiegend** (>50 %) aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, einschließlich Bund und EU, bestritten werden.

[ ]  ja [ ]  nein |
| * 1. der Antragsvordruck nicht verändert wurde und die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
 |
| * 1. Für Hochschulen und Forschungseinrichtungen:

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass die beantragte Förderung ausschließlich ihre/seine nichtwirtschaftliche Tätigkeit betrifft und die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Tätigkeit und ihre Kosten und Finanzierungen eindeutig voneinander getrennt werden können. Der Nachweis der korrekten Kostenzuordnung erfolgt im Jahresabschluss. [ ]  ja [ ]  nein* 1. alle Erkenntnisse und Ergebnisse, die ihr / ihm aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUV verfügbar gemacht werden und sowohl das Land NRW als auch sie/er selbst zur Verbreitung der Projektergebnisse an die Allgemeinheit berechtigt ist.
 |
| * 1. sie/er damit einverstanden ist, dass ihre/seine Angaben zum Zwecke der Auftragsverarbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im LANUV gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.
	2. ihr/ihm bekannt ist, dass die zuständigen Stellen grundsätzlich verpflichtet sind, der Antragstellerin/dem Antragsteller auf Antrag Auskunft über die zur Person verarbeiteten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung, die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen sowie die allgemeinen technischen Bedingungen der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben. Grundsätzlich ist eine Auskunftsverweigerung zu begründen. Werden Auskunft und Einsichtnahme nicht gewährt, kann sich die Antragstellerin/der Antragsteller an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden. Die Einzelheiten des Datenschutzes ergeben sich aus dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW) in der jeweils geltenden Fassung (SGV.NRW.20061).
	3. Der Antragstellerin/Dem Antragsteller ist bekannt, dass alle Angaben im Antrag (Ziffern 1 - 8.5 einschließlich mit Antragsstellung vorgelegter und nachgereichter Antragsunterlagen)
* subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in der jeweils geltenden Fassung sind, das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen,
* sie / er verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.
 |

|  |
| --- |
| 1. **Anlagen**
 |
| [ ]  a) Kostenplan (*siehe 'Anlage zu Ziffer 7 a des Antrags'*)[ ]  b) Nachweis, dass die Finanzierung durch Eigenmittel gesichert ist in Form  **[ ]**  eines Kontoauszugs bzw. **[ ]**  einer verbindlichen Bestätigung der Hausbank oder**[ ]**  Eigenerklärung der Hochschule unter Ziffer 5.2 des Antrags und Bestätigung geordneter Finanzlage (ausgeglichener Hochschulhaushalt) unter Ziffer 6 des Antrags[ ]  c) Vertretungsberechtigung *[siehe 'Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags', sofern Angaben in Ziffer 1.3 und 1.4 voneinander abweichen bzw. zusätzliche Personen mit der Wahrnehmung von Angelegenheiten des Fördervorhabens beauftragt sind)*[ ]  d) Projektbeschreibung nach Ziffer 13.6.2 der Richtlinie; inkl. Zeitplan im Balkenformat *Bei Verbundvorhaben nur durch den Verbundkoordinator vorzulegen.*[ ]  e) Zielbenennungen und Kriterien zur Erfolgskontrolle *(siehe 'Anlage zu Ziffer 7 e des Antrags′)*[ ]  f) Einverständniserklärung REFORDAT und UFORDAT *(siehe 'Anlage zu Ziffer 7 f des Antrags′, sofern Forschungsvorhaben)*[ ]  g) Registerauszug bzw. Nachweis der Rechtsfähigkeit (**außer** bei Hochschulen) |
| [ ]  h) Kopie der Satzung bzw. des Gesellschaftsvertrags und ggf. Gesellschaftsbeschlüsse über die / den Vertretungsbevollmächtigte / n (**außer** bei Hochschulen) |
| [ ]  i) Antrag auf Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn mit Begründung*(siehe 'Anlage zu Ziffer 7 i des Antrags′)* |
| [ ]  j) Antrag auf Zulassung eines DV-gestützten Buchführungssystems zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung *(siehe 'Anlage zu Ziffer 7 j des Antrags′)* |
| [ ]  k) Antrag auf Zulassung eines elektronischen Zeiterfassungssystems zum Nachweis der Arbeitszeiten *(siehe 'Anlage zu Ziffer 7 k des Antrags′)*[ ]  l) Bei Verbundvorhaben: Kopie des Kooperationsvertrags sowie tabellarische Aufstellung der Verteilung der Ausgaben, Eigenanteile und Förderung inklusive rechtsverbindlicher Unterschrift aller Projektpartner *(nur durch den Verbundkoordinator vorzulegen)*[ ]  m) De-minimis-Erklärung für Zuwendungsempfänger nach Ziffer 13.4.3 der Richtlinie[ ]  n) Rechtsverbindlich unterschriebene Plausibilisierung der Gemeinausgaben (*siehe 'Anlage zu Ziffer 7 a des Antrags'*)[ ]  o) weitere Anlagen: |
| *
 |

**Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne(n) die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen für mich/uns als verbindlich an.**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | (Rechtsverbindliche Unterschrift) |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  |  | (Name Funktion) |

**Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags**

**Vertretungsberechtigung**

Hiermit erkläre ich, die Antragstellerin/der Antragsteller, dass für folgende Beschäftigten/Personen

|  |  |
| --- | --- |
| Name (Druckbuchstaben) | Unterschriften (Original) der / des Vertretungsberechtigten  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |

eine rechtliche **Vollmacht** zur Vertretung in Angelegenheiten des Fördervorhabens

|  |
| --- |
| Kurzbezeichnung gem. Ziffer 2.1 des Antrags |
|       |

mit Antragstellung vom

|  |
| --- |
|       |

eingeräumt ist.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|         |  |        |
| Ort, Datum |  | Firmenstempel / Rechtsverbindliche Unterschrift |

**Anlage zu Ziffer 7 e des Antrags**

**Zielbenennungen und Kriterien zur Erfolgskontrolle der Fördermaßnahme**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Ziel/e** | **Aufgabenstellungen / Teilmaßnahme** | **Ziele / Zweck der Aufgabenstellung / Teilmaßnahme** | **Kriterien zur Überprüfung** **der erfolgreichen Zielerreichung [[2]](#footnote-2)** |
| 1 |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |

**Anlage zu Ziffer 7 f des Antrags**

**Einwilligungserklärung zur Erfassung, Verarbeitung, Weitergabe und Veröffentlichung**

**personenbezogener Daten im Rahmen der Ressortforschungsdatenbank REFORDAT**

Das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wird zur Vermeidung von Doppelvergabe und Doppelförderung sowie zur Forschungskoordinierung in der Ressortforschungsdatenbank REFORDAT des Landes Nordrhein-Westfalen, die das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) betreibt, gespeichert. Auf REFORDAT haben das LANUV, das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie der Landesbetrieb Wald und Holz NRW Zugriff. REFORDAT ist nicht öffentlich zugänglich.

In REFORDAT werden folgende personenbezogene Daten von Ihnen als Projektleiterin/ Projektleiter gespeichert: **Anrede, akademischer Grad, Vorname, Nachname, Telefon, Email**

Diese personenbezogenen Daten werden zur Eingabe in weitere Forschungsdatenbanken an folgende Institutionen weitergegeben:

1. An das Umweltbundesamt zur Eingabe in die Umweltforschungsdatenbank (UFORDAT1),
2. an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Eingabe in das Forschungsinformationssystem Agrar und Ernährung (FISA2),

1UFORDAT speichert und veröffentlicht die Daten unter anderem über das Internet (<https://doku.uba.de>). Rechercheergebnisse können gespeichert und weiterverarbeitet werden. Aus UFORDAT werden Datenbankauszüge im pdf-Format zu einzelnen Themen (z. B. Windenergie, Arzneimittel in der Umwelt) veröffentlicht. Bei Bedarf werden die Datenbankauszüge auch gedruckt, z.B. um sie auf Fachveranstaltungen zu verteilen <http://www.umweltbundesamt.de/ufordat>.

In FISA2 werden keine personenbezogenen Daten erhoben oder gespeichert. Ausführliche Datenschutzhinweise sowie den Verweis auf die Datenschutzerklärung sind in FISA unter [https://fisaonline.de/datenschutz/](https://fisaonline.de/datenschutz/%20) aufgeführt.

Die Einwilligung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO). Ihre in der DS-GVO normierten Rechte wie Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch, Widerruf und Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde bleiben selbstverständlich unberührt.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Verantwortlicher: Landesamt für Natur, Umweltund Verbraucherschutz NRWLeibnizstr. 1045659 Recklinghausen |  | Ansprechpartnerin:Carmen HaaseCarmen.Haase@lanuv.nrw.de  |
|  | Behördliche Datenschutzbeauftragte:Elisa Ravalicodatenschutz@lanuv.nrw.de |

------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

|  |
| --- |
| Ich |
| Name, Vorname |       |
|  |  |

erkläre mich damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten im oben beschriebenen Sinne verarbeitet und übermittelt und veröffentlicht werden.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|       |  |  |
| (Datum) |  | (Unterschrift) |

**Anlage zu Ziffer 7 i des Antrags**

**Antrag auf Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns**

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

|  |
| --- |
| Zu meinem / unserem Antrag vom       beantrage(n) ich / wir bereits mit dem Vorhaben vor der Bewilligung (Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides) beginnen zu dürfen. |
| Die Notwendigkeit des vorzeitigen Maßnahmebeginns wird wie folgt begründet: |
|       |
| Mir / uns ist bekannt, dass Ihre Erteilung (Zustimmung) des vorzeitigen Maßnahmebeginns keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung begründet und ich / wir das volle Finanzrisiko trage(n). |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | (Firmenstempel, Rechtsverbindliche Unterschrift) |

**Anlage zu Ziffer 7 j des Antrags**

**Antrag auf Zulassung eines dv-gestützten Buchführungssystems**

**zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung**

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

Eingesetztes System:

Zertifiziert [[3]](#footnote-3) von:

(Kopie bitte beifügen)

|  |
| --- |
| Zu meinem / unserem Antrag vom       beantrage(n) ich / wir das oben genannte DV-gestützte Buchführungssystem zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung für die Durchführung des genannten Vorhabens zuzulassen. |
| Ich / wir versichern, dass  |
| 1. das o. g. System die Grundsätze zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD, lt. BmF 14.11.2014 in der jeweils gültigen Fassung) erfüllt.
 |
| 1. allgemein übliche Datenträger verwendet und
 |
| 1. die anerkannten Sicherheitsstandards eingehalten werden, sowie
 |
| 1. das Setzen einer elektronischen unveränderbaren Signatur auf den elektronischen Belegen (zur Dokumentation der Einsicht der Belege durch die Bewilligungsbehörde) möglich und
 |
| 1. die Zuverlässigkeit für Prüfzwecke gegeben ist.
 |
| 1. der Bewilligungsbehörde, dem Landesrechnungshof oder anderen Prüfinstanzen
	* die gleichen Zugriffsrechte und Möglichkeiten zugestanden werden und
	* die gleiche Unterstützung bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenzugriff gewährt wird,

wie der Finanzverwaltung. |
| 1. gewährleistet ist, dass die gespeicherten Unterlagen sowie die zu ihrem Verständnis erforderlichen Arbeitsanweisungen jederzeit innerhalb einer angemessenen Frist in NRW lesbar gemacht werden können und die hierfür erforderlichen Daten, Programme sowie Maschinen und Hilfsmittel (z.B. Personal, Bildschirme, Lesegeräte usw.) kostenlos bereitgestellt werden.
 |
| 1. die Datenbestände so organisiert werden, dass die prüfenden Stellen nur auf die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten zu dem geförderten Projekt zugreifen können. Enthalten elektronisch gespeicherte Datenbestände z. B. nicht aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtige, personenbezogene oder dem Berufsgeheimnis unterliegende Daten, so kann eine Prüfung nicht mit dem Hinweis darauf abgelehnt werden.
 |
| 1. die bewilligende Stelle unverzüglich unterrichtet wird,
	* sobald das System nicht mehr die GoBD erfüllt oder
	* dies von einem Dritten (z.B. Finanzverwaltung) bezweifelt wird.
 |
| 1. die Aufbewahrung und Lesbarmachung der Daten und Dokumentationen auch über den steuer- und handelsrechtlichen Zeitraum hinaus gewährleistet ist, soweit der Zuwendungsbescheid dies vorsieht.
 |
| Mir / uns ist bekannt, dass |
| * die genannten Prüfinstanzen verlangen können, dass die Daten nach Vorgaben der jeweiligen Prüfungseinrichtung maschinell ausgewertet oder die gespeicherten Unterlagen und Aufzeichnungen in lesbarer Form oder auf einem maschinell verwertbaren Datenträger zur Verfügung gestellt werden.
 |
| * die überlassenen Daten bei der Prüfinstanz bis zum Ende der Förderperiode / der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden dürfen.
 |
| * die elektronischen Belege nicht anerkannt werden, wenn das System jetzt oder in Zukunft die oben genannten Punkte nicht erfüllt.
 |
| * bei jeglichen Änderungen, die das o. g. System betreffen, ein erneuter Antrag auf Zulassung gestellt werden muss. Diese Vorgabe gilt über die Projektlaufzeit hinaus bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist für die Belege.
 |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | (Firmenstempel, Rechtsverbindliche Unterschrift) |

**Anlage zu Ziffer 7 k des Antrags**

**Antrag auf Zulassung eines elektronischen Zeiterfassungssystems**

**zum Nachweis der Arbeitszeiten**

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

Eingesetztes System:

|  |
| --- |
| Zu meinem / unserem Antrag vom       beantrage(n) ich / wir das oben genannte elektronische Zeiterfassungssystem zum Nachweis der Arbeitszeiten für die Durchführung des genannten Vorhabens zuzulassen. |
| Ich / wir versichern, dass  |
| 1. das o. g. System anerkannten Sicherheitsstandards genügt,
 |
| 1. eine eindeutige Zuordnung der erfassten Arbeitsstunden möglich ist. Hierbei können auch die für Tätigkeiten im Fördervorhaben geleisteten Stunden projektbezogen direkt zugeordnet und erfasst werden,
 |
| 1. die Daten über die Arbeitszeit der nicht ausschließlich im Projekt beschäftigten Mitarbeiter/innen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises (Aufbewahrungsfrist) aufbewahrt werden, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.
 |
| 1. die Zuverlässigkeit für Prüfzwecke gegeben ist.
 |
| 1. durch das eingesetzte elektronische Zeiterfassungssystem nicht die Prüfrechte der Bewilligungsbehörde, des Landesrechnungshofes oder anderer Prüfinstanzen beeinträchtigt werden.
 |
| 1. gewährleistet ist, dass die gespeicherten Unterlagen sowie die zu ihrem Verständnis erforderlichen Arbeitsanweisungen jederzeit innerhalb einer angemessenen Frist in NRW lesbar gemacht werden können und die hierfür erforderlichen Daten, Programme sowie Maschinen und Hilfsmittel (z.B. Personal, Bildschirme, Lesegeräte usw.) kostenlos bereitgestellt werden.
 |
| 1. die Datenbestände so organisiert werden, dass die prüfenden Stellen nur auf die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten zu dem geförderten Projekt zugreifen können. Enthalten elektronisch gespeicherte Datenbestände z. B. nicht aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtige, personenbezogene oder dem Berufsgeheimnis unterliegende Daten, so kann eine Prüfung nicht mit dem Hinweis darauf abgelehnt werden.
 |
| Mir / uns ist bekannt, dass  |
| * die Ordnungsmäßigkeit der jeweiligen Stundenerfassung durch den Projektleiter bestätigt werden muss (Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips).
 |
| * die genannten Prüfinstanzen verlangen können, dass die Daten nach Vorgaben der jeweiligen Prüfungseinrichtung maschinell ausgewertet oder die gespeicherten Unterlagen und Aufzeichnungen in lesbarer Form oder auf einem maschinell verwertbaren Datenträger zur Verfügung gestellt werden.
 |
| * die überlassenen Daten bei der Prüfinstanz bis zum Ende der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden dürfen.
 |
| * das System nicht zum Nachweis der Arbeitszeit anerkannt werden kann, wenn es jetzt oder in Zukunft die oben genannten Punkte nicht erfüllt.
 |
| * bei jeglichen Änderungen, die das o. g. System betreffen, ein erneuter Antrag auf Zulassung gestellt werden muss.
 |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | (Firmenstempel, Rechtsverbindliche Unterschrift) |

1. Ihr Anteil, den Sie im Falle einer Förderung an den zuwendungsfähigen Ausgaben selbst zu tragen haben [Bsp.: Zuwendungsfähige Gesamtausgaben = 10 T € (= 100 %), Förderung = 8 T€ (Fördersatz 80%) Eigenanteil = 2 T€ (= 20%)]. [↑](#footnote-ref-1)
2. Quantifizierbare Indikatoren und Erfolgsindikatoren. [↑](#footnote-ref-2)
3. Testat des Wirtschaftsprüfers zur Einhaltung der GoBD (z. B. durch entsprechende Bestätigung der Prüfung des letzten Jahresabschlusses oder einer Prüfung des Systems selbst) oder ein Schreiben des zuständigen Finanzamtes zur Zulassung des o. g. Systems für steuerliche Zwecke. Sofern keine entsprechenden Bescheinigungen vorgelegt oder einer der o. g. Voraussetzungen nicht erfüllt werden können, kann das elektronische System zur Belegaufbewahrung nicht zugelassen werden. [↑](#footnote-ref-3)